

1 Juni 2000

# europarot

Infoblatt der  
PDS-Abgeordneten  
im Europaparlament

## Für eine Charta der Grundrechte in der EU

Von  
**Sylvia-Yvonne Kaufmann,**  
MdEP

Schon im Herbst 2000 soll sie fertig sein – die EU-Grundrechtecharta. Deshalb arbeitet seit Dezember 1999 der eigens hierfür eingesetzte „Konvent“ aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und Regierungsvertretern. Den Vorsitz führt der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog. Als einziges Mitglied der Fraktion der Europäischen Linken in diesem „Konvent“ setze ich mich insbesondere dafür ein, dass neben den klassischen Grund- und Freiheitsrechten auch die „modernen“ Abwehrrechte, wie Datenschutz und soziale Grundrechte, in die Charta mit aufgenommen werden.

Die Europäische Union, das fordert die PDS seit Jahren, muss für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar werden. Sie müssen ihre Rechte verständlich, schriftlich fixiert und konkret einklagbar gegenüber den EU-Institutionen in einem Grundrechtekatalog wiederfinden. Denn schon jetzt greifen Entscheidungen der EU stärker in das Alltagsleben ein, als manche/r wahrhaben will. Auf diesem Weg ist die Erarbeitung der Charta ein Schritt in die richtige Richtung. Schließlich wollen wir keine EU mit einem „Krieg der Standorte“, gnadenloser Konkurrenz zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und europaweitem „Sozialdumping“. Soziale Grundrechte

sind unverzichtbar. Das Recht auf eine menschenwürdige und einkommenssichernde Erwerbsarbeit, eine soziale Grundsicherung ohne Erwerbsarbeitszwang im Niedriglohnbereich, das Recht auf umfassende Gesundheitsvorsorge, und der kostenlose Zugang zu Bildung sind notwendig, um aus dem Europa des freien Waren- und Kapitalverkehrs ein soziales Europa zu schaffen.

Viele wenden gegen soziale Grundrechte ein, sie seien nicht zu bezahlen und als rein ideelle Zielbestimmungen von Staaten im Grunde wertlos. Gleichzeitig geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auf und trotz aller Förderprogramme verschärfen sich regionale Ungleichgewichte. Dieser Entwicklung müssen wir entgegensteuern. Denn für viele bedeutet sie, dass sie durch ihr Leben am oder unter dem Existenzminimum ihre Grund- und Freiheitsrechte praktisch verlieren.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass soziale Grundrechte in der Charta verankert werden und ein Politikwechsel auf europäischer Ebene stattfindet, der die Grundlage schafft, diese Rechte auch durchzusetzen. Denn „Recht(e) haben“ allein genügt nicht. Sonst geht es uns so, wie dem griechischen Philosophen Platon, der von Diogenes einen Apfel mit der Frage angeboten bekam, „Willst Du teilhaben?“ Als jener zugreifen wollte, zog Diogenes den Apfel zurück und sprach: „Teilhaben sagte ich, nicht essen!“

## In eigener Sache

Am 13. Juni 1999 wurden die 99 deutschen Europa-Abgeordneten gewählt. Im Europäischen Parlament arbeiten aus den 15 Mitgliedstaaten insgesamt 626 Abgeordnete, die wiederum mehr als 100 nationale Parteien vertreten. Sie haben sich bis auf wenige Ausnahmen – die Fraktionslosen – zu acht politischen Fraktionen zusammengeschlossen. Die größte Fraktion ist die christdemokratische mit 233 Mitgliedern, gefolgt von der sozialdemokratischen mit 180 Mitgliedern. Die 6 PDS-Abgeordneten gehören der 42-köpfigen Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) an, in der 14 Parteien aus 10 Mitgliedstaaten der EU vertreten sind. Über deren Arbeit möchten wir regelmäßig in der heute erstmals vorliegenden Form berichten. Wer Interesse an weiteren Informationen hat, kann sich direkt an die Abgeordneten wenden.



**Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann**  
45, verheiratet, 2 Kinder

- ▶ Stellvertretende Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
- ▶ Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten
- ▶ Stellvertretende Vorsitzende der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zu Japan

PDS-Europa-Büro:  
Internationales Handelszentrum,  
Friedrichstraße 95, 10117 Berlin,  
Tel.: +49-30-20961372, Fax.: +49-30-20961380  
E-Mail: [skaufmann@europarl.eu.int](mailto:skaufmann@europarl.eu.int)

## KURZ &amp; KNAPP

## Europäische Beschäftigungspolitik

## Europäische Betriebsräte

Die Fraktion GUE/NGL hat mit den Gewerkschaftsvertretern aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Belgien von ABB und Alstholm Power – dem zum weltgrößten Energieerzeuger mit 34.000 Beschäftigten fusionierten Unternehmen – beraten. Die Gewerkschafter wiesen nach, dass die Fusion nicht nur mit Maßnahmen zur Umstrukturierung, sondern auch mit Massenentlassungen verbunden ist. Allein in Deutschland werden bis zu 1.700 Arbeitsplätze verschwinden. Hinzu kommt, dass die verbrieften Rechte der Beschäftigten auf Information über diesen Zusammenschluss und seine absehbaren Folgen ignoriert wurden. Zu befürchten steht darüber hinaus, dass derartige Fusionen dazu benutzt werden, gewerkschaftliche Rechte zu beeinträchtigen oder abzubauen.

Notwendig ist, dass die geltenden EU-Regelungen über die Tätigkeit der Europäischen Betriebsräte und zu Massenentlassungen eingehalten werden und die EU-Richtlinie so überarbeitet wird, dass bei derartigen Fusionen Europäische Betriebsräte nicht ausgehebelt werden können, so Sylvia-Yvonne Kaufmann.

## Wirtschaftssanktionen

Im November vergangenen Jahres wandte sich Francis Wurtz, Fraktionsvorsitzender der GUE/NGL, auf Initiative von PDS-Abgeordneten schriftlich an den Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Javier Solana, um ein Ende der Wirtschaftssanktionen gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien zu fordern. Dieser Brief blieb unbeantwortet. Auch der Rat der Außenminister hat sich nicht auf die vollständige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Serbien einigen können. Im Europäischen Parlament lehnte der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik einen von der PDS eingereichten Änderungsantrag ab, der darauf verweist, „dass das Regionalkonzept des Stabilitätspaktes nur erfolgreich verwirklicht werden kann, wenn die Bundesrepublik Jugoslawien in die Entwicklungs- und Kooperationsprozesse integriert wird“ und dass „die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Jugoslawien im Interesse der Bevölkerung wie auch der Nachbarländer ist“.

## Lissabon fördert Deregulierung statt Beschäftigung

Von  
**Helmuth Markov,**  
MdEP

Der im März in Lissabon durchgeführte EU-Sondergipfel versuchte, ein breites Themenspektrum zu einer gemeinsamen Strategie der EU zusammenzufassen: „Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt – auf dem Weg zu einem Europa der Innovation und des Wissens“. Das neue Ziel lautet, die USA bei der Entwicklung der Internet-Wirtschaft und des elektronischen Handels „zu überholen, ohne sie einzuholen“. Das angestrebte Wirtschaftswachstum von 3 Prozent und die Innovationspolitik wurden nicht mit der Perspektive einer ökologisch tragfähigen Wirtschaftsweise verbunden. Als Jobmaschine für Europa ist der elektronische Handel denkbar ungeeignet. In der Elektronikindustrie und in der Telekommunikationsbranche fielen bisher mehr Arbeitsplätze weg, als bei Softwarefirmen, Medien und Mobilkommunikation neu entstanden. Allein für Deutschland betragen die Arbeitsplatzverluste zwischen 1988 und 1997 per Saldo rund 160.000 Stellen. Lissabon war ansonsten im wesentlichen ein Gipfel der Deregulierung. Das neue Leitbild für Europa ist die „Unternehmergesellschaft“: Die öffentlichen Ausgaben sollen zur „Stärkung der Kapitalakkumulation“ umdirigiert werden. Risikokapital, kapitalgedeckte Altersvorsorge, dynamischere Unternehmen sind die Stichworte. Im Mittelpunkt der Initiativen des Rats steht ein integrierter und weiter deregulierter europäischer Finanzmarkt, die Liberalisierung der Gas-, Elektrizitäts-, Post- und Transportwirtschaft, des Luftverkehrs und der lokalen Telekommunikationsmärkte. Doch wie soll eine Deregulierungspolitik zur angestrebten „Vollbeschäftigung“ beitragen können, wenn sie in der Vergangenheit eher Hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet hat?

In der Beschäftigungspolitik gibt es kaum neue Ansätze. Sie erhält eine deutliche Schlagseite hin zur Förderung eines Niedriglohnssektors (persönliche Dienstleistungen, Förderung der Arbeitsaufnahme in gering entlohnten Jobs durch die Steu-



Dr. Helmuth Markov, 48, verheiratet, drei Kinder

- ▶ Schatzmeister der Konföderalen Fraktion GUE/NGL
- ▶ Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus,
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss
- ▶ Stellvertretender Vorsitzender der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Slowenien
- ▶ Mitglied in der Interparlamentarischen Gruppe für eine Europäische Verfassung

PDS-Europa-Büro:

Straßburger Straße 24, 16515 Oranienburg,  
Tel.: +49-3301-20099-3, Fax.: +49-3301-20099-9  
E-Mail: [hmarkov@europarl.eu.int](mailto:hmarkov@europarl.eu.int)

erpolitik). Die Kommission, Frankreich und einige skandinavische Länder hatten im Vorfeld des Gipfels für verbindliche beschäftigungspolitische Teilziele geworben (Senkung der Erwerbslosenrate in der EU auf 4 % bis 2010, verbindliche Ziele für die Reduzierung der Frauen-, Jugend- und Langzeiterwerbslosigkeit).

Die portugiesische Ratspräsidentschaft wollte die Beseitigung der Kinderarmut in der EU bis zum Jahr 2010 zu einem verbindlichen Ziel erheben. Selbst diese moderaten Vorschläge wurden abgebugelt. Bis auf wenige vage Formulierungen wurde die Sozialpolitik auf einen Bericht der „Arbeitsgruppe hochrangiger Experten zum Sozialschutz“ und auf die künftige französische Ratspräsidentschaft abgeschoben. Damit Frankreich das „soziale Europa“ überhaupt wieder in die Diskussion bringen kann, müssen sich Europas Gewerkschaften, Erwerbslosenverbände und linke Bewegungen wohl noch erheblich anstrengen.

Europäisches Parlament

Herausgegeben von den PDS-Abgeordneten in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)  
Rue Wiertz, ASP 09 G 218, B-1047 Brüssel, Belgien

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Redaktionsschluss: 10. Mai 2000, Auflage: 40.000  
Satz & Gestaltung: Michael Pickardt, Druck: Druckhaus Schöneewide

# Heißer Stahl und kalte Dusche

Der „Fall Gröditz“ könnte ein Menetekel für EU-Osterweiterung sein

**Von  
Hans Modrow,  
MdEP**

In meiner Post fand ich unlängst eine Karte aus Gröditz. Unterzeichnet war sie vom Betriebsratsvorsitzenden des Stahlwerkes Uwe Jahn, der all denen dankt, „die Partei ergriffen haben für den Erhalt des Stahlstandortes Gröditz“.

Auf der Karte das Bild der Moritzburg im Morgenlicht; es suggeriert Frieden und Eintracht, doch das Idyll täuscht: Über Gröditz, einem Stahlstandort mit über 200-jähriger Tradition, lastet ein bleierner Schatten. Besteht die EU-Kommission auf Rückzahlung der staatlichen Beihilfen in Höhe von 281 Millionen DM, bedeutet dies das Ende für den Betrieb. In dieser ohnehin strukturschwachen Region hätte das Aus für den größten Arbeitgeber mit immerhin noch über 700 Beschäftigten verheerende Auswirkungen. Kein Wunder, dass die Betroffenen sich fragen: Ist das unser Europa?

Die Bitternis ist verständlich, der Zorn „auf die da in Brüssel“ nicht unberechtigt. Denn in der Tat entscheiden die Oberen der EU, gerade wenn es um Ostdeutschland geht, formal nach Buchstaben und Paragraphen, ohne gerechte, gleichmäßige und sachgerechte Bewertung aller Faktoren. Denn in ähnlich gelagerten Fällen in anderen Ländern hat die Kommission die Zahlung solcher Beihilfen toleriert.

Warum sie jetzt so beinhart ist, hängt nach meinem Eindruck auch mit der Art und Weise zusammen, wie die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft gerade in Sachsen mit den EU-Mitteln umgegangen sind. Wenn sich Biedenkopf jetzt



**Dr. Hans Modrow, 72, verheiratet, 2 Kinder**

- ▶ Mitglied im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit,
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle
- ▶ Stellvertretender Vorsitzender der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Tschechische Republik

PDS-Europa-Büro:  
Große-Brüder-Gasse 1, 02625 Bautzen,  
Tel./Fax: 03591/490975  
E-Mail: [hmodrow@europarl.eu.int](mailto:hmodrow@europarl.eu.int)

als Anwalt der Gröditzer aufspielt, dann ist dies Heuchelei: Er hat an dem Ast gesägt, auf dem auch die Gröditzer sitzen, indem er Konzerne wie VW und Siemens mäste, Brüsseler Geld in Prestigeobjekte leitet. Nicht zu vergessen: Er und seine Regierungskollegen im Bund und im Land haben durch ihre hemdsärmelige Anschlusspolitik Ostdeutschland erst zu einem chronischen Pflegefall der EU gemacht. Und Gröditz ist ein Menetekel im Hinblick auf die Osterweiterung der EU. Denn zwischen Ostseeküste und Schwarzem Meer gibt es viele Gröditz.

## KURZ & KNAPP

### Minderheiten

Hans Modrow überzeugte sich in Bautzen davon, dass das sorbische Volk besondere Unterstützung durch Fördermittel für die Pflege seiner Sprache und Kultur benötigt. Die Bundesregierung und auch die brandenburgische Landesregierung planen jedoch, an den ohnehin in den 90er Jahren gekürzten Mitteln weitere Streichungen vorzunehmen, die in erster Linie den Domowina-Verlag, der seit 1958 das gesamte sorbische Schrifttum verlegt und vertreibt, sowie das Sorbische Nationalensemble Bautzen in ihrer Existenz gefährden würden. Die PDS wird sich auch weiterhin für die Rechte der sorbischen Minderheit einsetzen. Auf Antrag der PDS-Fraktion wird der Hauptausschuss des Landtages Brandenburg am 8. Juni 00 dazu eine Anhörung durchführen.

### Schulmilchprogramm

Mit äußerst knapper Mehrheit hat das Europäische Parlament die weitgehende Beibehaltung der Schulmilchförderung gefordert und sich damit gegen die Europäische Kommission durchgesetzt. Allerdings müssen die Länder tiefer in ihre Taschen greifen. Hat der Beschluss des EP Bestand, müssen sie künftig 15 anstatt 5 Prozent kofinanzieren. „Immer noch besser als die von der Kommission geplante Abschaffung des Förderprogramms“, kommentierte Christel Fiebiger.

Seit 1968 fördert die EU die verbilligte Abgabe von Milch und Milchprodukten an Schulkinder mit rund 91 Millionen Euro, das entspricht ungefähr einem Milchäquivalent von 310.000 Tonnen. Jetzt haben die Landwirtschaftsminister der 15 Mitgliedstaaten das letzte Wort, da das Parlament in dieser Frage nur gehört werden muss.

### Fördergelder

Gegen den Willen des EU-Kommissars Franz Fischler wurde die Agenda 2000 verabschiedet, mit der die europäischen Bauern einen sicheren Finanzrahmen für den Zeitraum 2000-2006 zu bekommen glaubten. Durch die Hintertür versucht nun Fischler, eine Kürzung der gemeinschaftlichen Unterstützungen u. a. in den Bereichen Getreide, Zucker, Reis, Baumwolle, Flachs und Hanf zu erreichen. Beispielsweise ist vorgesehen, die Qualitätskriterien für die Unterstützungsleistungen bei Getreide zu verschärfen, dabei geht es u. a. um den Feuchtigkeitsgehalt. Die ▶▶



**Christel Fiebiger, 53, verheiratet, 2 Kinder**

- ▶ Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- ▶ Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik
- ▶ Mitglied der interparlamentarischen Delegation in den parlamentarischen Ausschüssen für Zusammenarbeit und Delegationen für die Beziehungen zu der Ukraine, Belarus und Moldawien

PDS-Europa-Büro:  
Meyenburger Straße 15, 16928 Pritzwalk,  
Tel.: +49-3395-306384, Fax.: +49-3395-302492  
Anne-Frank-Straße 20, 39576 Stendal,  
Tel.: +49-3931-490902, Fax.: +49-3931-411150  
E-Mail: [cfiebiger@europarl.eu.int](mailto:cfiebiger@europarl.eu.int)

## KURZ &amp; KNAPP

►► damit verbundenen besonderen Anforderungen an die Lagerhaltung und die daraus folgenden reduzierten Einkünfte für Roggen und Weizen werden an die Landwirte, „die ja bekanntermaßen unter freiem Himmel produzieren“, durchgereicht, warnt Christel Fiebiger.

## Nein zum Haushalt

Die Fraktion GUE/NGL hat den EU-Haushalt abgelehnt. Die vorgesehenen Mittel für Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, zur Verringerung der regionalen ökonomischen und sozialen Unterschiede, der sozialverträglichen Gestaltung des Erweiterungsprozesses der EU entsprechen nicht den Anforderungen, die die Entwicklung der europäischen Integration stellt. Die EU muss die adäquaten Mittel zur Bewältigung ihrer Aufgaben erhalten. Der dazu notwendige finanzielle Spielraum ließe sich durch die Ausschöpfung der vereinbarten Eigenmittelobergrenze von 1,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts jedes Mitgliedslandes erreichen. Es muss endlich eine Reform des Eigenmittelsystems der EU in Angriff genommen werden.

## Euroabsturz

Die europäische Währungsunion wird zur internationalen Spekulationsunion, erklärte Andre Brie angesichts des anhal-



Dr. Andre Brie, 50, geschieden, 2 Kinder

- Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik,
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
- Stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss
- Mitglied der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zu Israel

PDS-Europa-Büro:  
Martinstraße 1, 19053 Schwerin,  
Tel.: +49-385-5815733, Fax.: 49+385-5815734  
E-Mail: [abrie@europarl.eu.int](mailto:abrie@europarl.eu.int)

## Jüngste PDS-Abgeordnete informiert sich in der Türkei

Von  
**Feleknas Uca,**  
MdEP



Feleknas Uca, 23, ledig

- Mitglied im Ausschuss für Recht und Binnenmarkt
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Jugend/Kultur, Bildung, Medien, Sport
- Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei
- Vizepräsidentin in der Intergruppe Antirassismus und Fremdenfeindlichkeit

PDS-Europa-Büro: Bergstraße 50, 29221 Celle,  
Tel.: +49-5141-9013040,  
Fax.: +49-5141-9013041  
E-Mail: [fuca@europarl.eu.int](mailto:fuca@europarl.eu.int)

Obwohl ich erst seit 2 Jahren Politikerin bin, habe ich durch die Hilfe meiner Kollegen im Europäischen Parlament schnell Fuß gefasst. Ob in der Fraktion, in den Ausschüssen oder auch bei Gesprächen mit Besuchergruppen habe ich zunehmend das Gefühl, dass die Vorschläge, die die PDS unterbreitet, ernsthaft geprüft werden.

Wichtig für meine Arbeit war eine Reise in die Türkei. Vor Ort musste ich mich davon überzeugen, dass trotz häufiger Versprechen der türkischen Regierung die Menschenrechtsverletzungen unvermindert anhalten. Seit Mitte Februar ist die kurdische demokratische Bewegung Angriffen ausgesetzt. Und immer wieder werden Waffen in die Türkei geliefert. In Gesprächen mit dem türkischen Gewerkschaftsdachverband, der Gewerkschaft für Gesundheitsberufe und der Gewerkschaft für Erziehung, in zahlreichen weiteren Treffen mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen und nicht zuletzt während des traditionellen Newroz-Festes der Kurden in Diyarbakir, an dem in diesem Jahr mehr als 300.000 Menschen teilgenommen haben, gewann ich den Eindruck, dass sich die Menschen nach Frieden und Demokratie sehnen. Deshalb habe ich auch in der Parlamentsdebatte zur „Lage in der Türkei“ die türkische Regierung mit Nach-

druck aufgefordert, die Menschenrechte zu achten und die kurdische Frage politisch zu lösen. Gefordert ist hierbei auch ein verstärktes Engagement der Europäischen Kommission und des Rates. Zudem sollten sich die friedliebenden Menschen ohne Zögern vereinen und den Kampf für Demokratie und Frieden verstärken.

►► tenden Absturzes des Euro. Mit der stereotypen Gesundheitsbetriebe des Euro durch die Finanzminister der Euro-Staaten würden die Menschen für dumm verkauft. Noch unlängst hatten ihnen die Experten der konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien den Euro als sichere Erfolgsgeschichte einer starken und auch im Außenwert stabilen Währung verkauft, nun wird das eingetretene Gegenteil bagatellisiert. Schuld sei allein die vergleichsweise gute Wirtschaftsentwicklung in den USA. Doch der Euro fällt auch gegenüber dem Schweizer Franken, dem britischen Pfund und dem japanischen Yen auf Rekordtiefs. Die eigentlichen Ursachen des Euro-Sturzes dürften darin zu suchen sein, dass die europäische Währungsunion und das Statut der Europäischen Zentralbank von Anfang an fehlerkonstruiert waren und der Währungsspekulation nicht nur Tür und Tor öffneten, sondern geradezu

aktiv über die europäische Schwelle verhalten. Der Monetarismus der deutschen Währungspolitik wurde von größten politischen Koalitionen europäisiert. Politische oder gar demokratische Einflussmöglichkeiten auf den Zentralbankrat wurden nach deutschem Bundesbankmodell verhindert. Die Währungsunion wurde ohne Beschäftigungs- und Sozialunion und selbst ohne ausreichende Koordinierung der makroökonomischen, der Finanz- und Steuerpolitik eingeführt. Die Eindämmung der rasant wachsenden internationalen Devisen- und Aktienspekulationen, zum Beispiel durch eine Steuer auf kurzfristige internationale Devisen- und Aktientransaktionen („Tobin“-Steuer) wurde mit ideologischem Fundamentalismus abgelehnt. Folgerichtig ist der Euro zum Gegenstand massiver Spekulationen geworden. Die Politik, die sich selbst entmachtet hat, sieht hilflos zu.